

Berichte aus Forschung und Praxis

*Bürgerhaus 2000: Lernort für neue Urbanität?*

„Bürgerhaus 2000. Veränderte Bedürfnislage und ausgebaute Infrastruktur. Untersuchung von Perspektiven für eine künftige Stadterneuerungspolitik“. So lautet die Bezeichnung für ein Forschungsvorhaben, das mit Unterstützung des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen an der Universität Bielefeld durchgeführt wird (Leitung: Prof. Dr. Wolfgang Nahrstedt; Koordination: Dipl.Päd. Ilona Stehr; acht MitarbeiterInnen). *Untersuchungsgegenstand* sind alte und neue Bürgerhäuser in Nordrhein-Westfalen. Damit sind Bürgerhäuser gemeint, die sich sowohl in kommunaler als auch in freier Trägerschaft (Selbstorganisation) befinden. Die Bezeichnungen für Bürgerhäuser sind vielfältig. Sie bezeichnen sich als Kommunikationszentrum, Freizeitzentrum, Bürgertreff, Gemeinschaftshaus, Nachbarschaftshaus, Stadtteilzentrum, (Sozio-)Kulturzentrum u. ä. Die jüngeren nennen sich oft nostalgisch nach der früheren ehemaligen industriegesellschaftlichen Funktion des (umgerüsteten) Gebäudes. Sie heißen so "Fabrik" (Hamburg), "E-Werk" (Erlangen), "Börse" (Wuppertal), "Zeche Karl" (Oberhausen), "Alte Weberei" (Gütersloh), "Lagerhalle" (Osnabrück).

Eine Aufgabe des Forschungsvorhabens soll es sein, die *freizeitpolitische und freizeitpädagogische Funktion* dieser Häuser genauer zu bestimmen. Dazu gehört, die zukünftigen Anforderungen an Bürgerhäuser auf dem Hintergrund der sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen und Bedürfnisse zu klären. Flexibilisierte Zeitstrukturen, Modernisierung der Arbeitswelt, Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, Wertwandel, demographische Veränderungen bleiben nicht ohne Einfluß auf die Bürgerhauspädagogik. Welche Zielgruppen, Programme, Aktionsformen und Kompetenzen der Mitarbeiter werden erforderlich, damit die Modernisierung einerseits mitvollzogen und zum anderen kritisch begleitet werden kann? Welche Rolle können Bürgerhäuser im Prozeß einer "ökonomischen und ökologischen Erneuerung" (Landesregierung NW) übernehmen?

Die Untersuchung soll in der *Emscherzone*, einem städtischen Verdichtungsgebiet zwischen Dortmund und Oberhausen, und in *Ostwestfalen-Lippe*, einem mehr ländlichen Flächegebiet mit dem „Oberzentrum“ Bielefeld, durchgeführt werden. Aus dem ostwestfälischen Raum liegen bereits Voruntersuchungen vor (Brinkmann u. a.: Pädagogik selbstorganisierter Bürgerhäuser. Bielefeld 1988). Das Modernisierungsproblem von Industrielandschaften stellt sich in der Emscherzone gegenwärtig dramatisch. Gerade hier sollen deshalb InnovationsChancen, die mit Freizeit und Freizeiteinrichtungen gegeben sind, genauer bestimmt werden.

Als *Ausgangshypothese* wurde formuliert: Je mehr es gelingt, Bürgerhäuser effektiver zu machen, eine Kooperation zwischen Bürgerhäusern zu erreichen, Elemente der alten und der neuen Bürgerhaus-Bewegung konstruktiv zu verbinden, sie im Hinblick auf neue Aufgaben weiterzuentwickeln, in ihnen Freiräume für Innovationsdynamiken zu schaffen bzw. zu erhalten, desto größer wird der Beitrag von Bürgerhäusern zur freizeitkulturellen Weiterentwicklung des Stadtteils, der Stadt und der Region. Tendenziell können Bürgerhäuser damit auch einen Beitrag zur ökonomischen und ökologischen Erneuerung des Landes leisten. Freizeitwissenschaftlich soll damit geklärt werden, inwieweit Freizeiteinrichtungen wie Bürgerhäuser Lernorte für eine innovative Freizeit-Öffentlichkeit werden können.

Das Forschungsvorhaben wird von 1989 bis 1990 über *Interviews* in beiden Untersuchungsgebieten durchgeführt. Befragt werden sollen Mitarbeiter von Bürgerhäusern, Besucher, Bewohner, Politiker und Administratoren. Außerdem wurden zwei Beraterkreise, bestehend aus Praxisvertretern, eingerichtet. Sie sollen bei der Entwicklung der Arbeitshypothesen und Fragen sowie bei der Interpretation der Ergebnisse aus ihrem Praxishintergrund heraus den Forschungsprozeß absichern. Zugleich soll dadurch ein Element der Handlungsforschung (Diskurs) mit dem empirischen Forschungsverfahren (Interviews) verbunden werden.

### European Tourism Management: Postgraduierten-Studiengang

Vier europäische Tourismus-Hochschulen – das Dorset Institute in England, die Nationale Hogeschool voor Toerisme en Verkeer der Niederlande, die Université de Savoie in Chambéry (Frankreich) und die Fachhochschule Heilbronn – haben gemeinsam einen neuen Studiengang eingerichtet: European Tourism Management. Die ersten Absolventen werden ihr einjähriges Aufbaustudium im Juni beenden. In der Begründung für diesen Postgraduierten-Studiengang wird festgestellt: „Waren in den 70er Jahren betriebswirtschaftliche Professionalisierung und in den 80er Jahren die EDV die die Branche verändernden Themen, so werden die 90er Jahre durch die Internationalisierung der Tourismuswirtschaft gekennzeichnet sein.“ Um dafür schon jetzt die Aus- und Fortbildungsvoraussetzungen zu schaffen, bietet das ETM-Studium im ersten Semester Kurse in European Law, International Marketing, Financial Management, Tourism Planning und Sprachen an; im zweiten Semester liegt der Schwerpunkt auf eigens für ETM entwickelten Fallstudien, um die Studenten in möglichst realitätsnahsimulierte Arbeits- und Entscheidungssituationen zu bringen. Information: Fachhochschule Heilbronn, Max-Planck-Str. 39, 7100 Heilbronn.

### *Entwicklungsperspektiven Soziokultureller Zentren*

Unter der Bezeichnung "Soziokulturelle Zentren" werden von der Bundesarbeitsgemeinschaft dieser Zentren ca. 150 Freizeiteinrichtungen zusammengefaßt, die innerhalb der letzten 20 Jahre wesentlich auf der Basis von Selbstorganisation entstanden sind. Das Konzept von Soziokultur hat eine Modernisierung der Kulturarbeit und eine Neuorientierung von Freizeitpädagogik bewirkt. Bleiben diese Zentren im Hinblick auf neue gesellschaftliche Konstellationen progressiv? Bleiben sie für Freizeitpädagogik und Kulturarbeit innovativ? Bleibt Soziokultur ein auch für die 90er Jahre weiterführendes Konzept? Diese Fragen werden in einem Forschungsvorhaben an der Universität Bielefeld mit Unterstützung des Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen untersucht.

### *Beschäftigungs- und Qualifikationsoffensive Kultur*

Die *Kulturpolitische Gesellschaft* hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 2./3. Dezember 1988 folgenden Beschluß gefaßt: Die Kulturarbeit ist eine der wenigen gesellschafts- und umweltverträglichen und dazu beschäftigungsintensiven Wachstumsbranchen. Die verschiedenen sozio-kulturellen Arbeitsfelder wie z. B. die Stadtteilkulturarbeit, die sozio-kulturellen Zentren, die freien Gruppen und die kulturpädagogischen Dienste beinhalten erhebliche quantitative und qualitative Beschäftigungspotentiale. In nahezu keinem anderen gesellschaftlichen Bereich ist das neue Verständnis von Arbeit als nützlicher, sinnstiftender, eigentätiger und selbstbestimmter Lebensgestaltung so ausgeprägt wie in der Kulturarbeit. Daher appelliert die Kulturpolitische Gesellschaft an alle Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden, die neuen Beschäftigungsinitiativen im Kulturbereich nachhaltig zu fördern und eine beschäftigungsorientierte Kulturpolitik zu unterstützen (Auszug).

### *Europäische Kulturpolitik '92*

Die *Kulturpolitische Gesellschaft* hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 2./3. Dez. 1988 folgenden Beschluß gefaßt: Die *Kulturpolitische Gesellschaft* begrüßt das zunehmende Interesse an Fragen der Kulturpolitik im europaweiten Kontext und die Vielfalt der hier aktiven Institutionen und Organisationen. Sie fordert die Bundesregierung und die Kulturministerkonferenz der Länder auf, diesem Interesse besser Rechnung zu tragen, neue Entwicklungen systematischer zu beobachten und mit den Organisationen aus Kunst und Kulturpolitik darüber in einen Dialog zu treten. Soweit es die zunehmenden Bemühungen um eine kulturelle Begleitung der wirtschaftlichen Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft (EG) zum „Binnenmarkt '92“ betrifft, stellt die *Kulturpolitische Gesellschaft* fest, daß es dringend einer besseren kulturpolitischen und -rechtlichen Grundlage dafür bedürfte (Auszug).